

Remmel: „Radikal umdenken“

SIEGEN/DÜSSELDORF NRW-Umweltminister ist gegen die AKW-Laufzeitverlängerung – aus industriepolitischen Gründen

ch ■ Der Streit über die Atompolitik geht heute in Berlin in die nächste Runde. Im Bundestag wird über die Gesetzesvorlagen der schwarz-gelben Regierungskoalition zur Novelle des Atomgesetzes abgestimmt – und damit über die Laufzeitverlängerung für etliche, zum Teil betagte Atomkraftwerke. Für NRW-Umweltminister Johannes Remmel ist es der Versuch der Koalition, „um jeden Preis den gesamtgesellschaftlich akzeptierten Atomkonsens aufzukündigen!“ Dies, so der Grünen-Politiker vorab in einem Gespräch mit der heimischen Presse, möge zwar die Rendite der vier großen Energieversorger in Deutschland steigern, habe allerdings zugleich „fatale Folgen“ für die Kommunen und für den Mittelstand zwischen Rhein, Ruhr und Sieg.

Remmel argumentierte nicht „grün“ und damit im Rahmen der „üblichen politischen Farbenlehre“ mit den Risiken der Atomkraft und den Problemen der Endlagerung von Atommüll, sondern stellte „die industriepolitische Frage“, die Systemfrage: „Findet die nächste industrielle Revolution, die grüne Revolution der Nutzung der erneuerbaren Energien, mit Nordrhein-Westfalen oder ohne unser Bundesland statt?“ Ein Streit über den „richtigen“ ökonomischen Weg also. Man brauche die Atomkraft nicht, im Gegenteil: Die Laufzeitverlängerung behindere den Ausbau der erneuerbaren Energien,

von dem auch die Zulieferer der grünen Branchen in den beiden Kreisen Siegen-Wittgenstein und Olpe profitierten. Remmel: „Die Wertschöpfung bei diesem Thema findet nicht in den Stromkonzernen statt, sondern in der Fläche!“ Seit einigen Jahren stellten sich viele heimische Unternehmen auf die neue Situation „mit ihren tollen Chancen“ ein. Remmel: „Hier sind Arbeits- und Ausbildungsplätze in Gefahr!“

Außerdem stünden Milliardeninvestitionen kommunaler Stadtwerke vor dem Aus. Die Investitionsentscheidungen seien bereits getroffen worden, „eben vor allem in den Bereichen erneuerbare Energie und Kraft-Wärme-Kopplung“, erklärte Remmel. Knackpunkt der Kalkulation der Stadtwerke und der kommunalen Versorger sei die Strompreisbildung. Die Atomkraftwerke der vier Branchenriesen, die den Markt bislang praktisch unter sich aufteilen, seien längst abgeschlossen. Mit einer Laufzeitverlängerung der Meiler könne nun billiger Strom ohne Investitionen produziert werden. Alternative Lösungen, wie in den Stadtwerken vorbereitet und geplant, seien „kapitalintensiv“ und rechneten sich mit Blick auf die Strompreisbildung für die Kommunen nicht länger. Bereits heute gebe es Überkapazitäten im deutschen Stromnetz, weitere Einspeisungen seien nicht mehr lukrativ. Remmel sprach von „Wettbewerbs-



U. a. beim Erndtebrücker Eisenwerk in Geisweid, Erndtebrück und Rostock werden Teile für die Windrad-Branche gefertigt.
Foto: Archiv

verzerrung“. Auch deshalb kündigte der NRW-Umweltminister an, mit seiner rot-grünen Landesregierung vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen, sollte der Bundesrat nicht am Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden. Die Aufkündi-

gung des Atomkonsenses sei zum einen ein Verstoß gegen das Grundgesetz, zum anderen gebe es „eine Verwaltungs- und Organisationshoheit der Länder, sie zu umgehen ist ebenso verfassungswidrig“, betonte Minister Remmel.